

## 17.5 Zusatzmaterial: Der IWF als Krisenmanager in der Finanzkrise: Ist der IWF ein guter Krisenmanager?

### M1 Entstehungsgeschichte, Aufbau und Aufgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF)

Die Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde im Juli 1944 auf der Währungs- und Finanzministerkonferenz der Vereinten Nationen in Bretton Woods beschlossen. Im Dezember 1945 trat das IWF-Übereinkommen in Kraft und der IWF nahm seine Geschäftstätigkeit in Washington D.C. auf. Geschäftsführende Direktorin des IWF ist seit Juli 2011 die ehemalige französische Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde. Derzeit gehören dem IWF 188 Mitgliedsländer an. Jedes Land kann Mitglied werden, wenn es bereit ist, die aus dem IWF-Übereinkommen folgenden Pflichten zu enger währungspolitischer Konsultation und Kooperation mit dem IWF zu erfüllen. Deutschland ist Mitglied des IWF seit August 1952. Deutscher Vertreter im Gouverneursrat, dem obersten Leitungsgremium des IWF, ist Dr. Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank. Stellvertretender deutscher Gouverneur ist Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen. Der Bundesfinanzminister ist auch der deutsche Vertreter im Internationalen Währungs- und Finanzausschuss (IMFC), einem Ausschuss des Gouverneursrates des IWF, der die Funktionsfähigkeit des Währungssystems und seine Weiterentwicklung überwacht. Wichtige Grundsatzentscheidungen werden vom Gouverneursrat und vom IMFC getroffen, die bei den Frühjahrs- und Herbsttagungen von IWF und Weltbank zusammenkommen. Die laufende Geschäftsführung des IWF nimmt das Exekutivdirektorium wahr, dem der Gouverneursrat alle delegierbaren Befugnisse übertragen hat. Das Exekutivdirektorium besteht aus 24 Exekutivdirektoren.

Der Hauptzweck des IWF besteht darin, die Stabilität des internationalen Währungssystems zu sichern – das System der Wechselkurse und internationalen Zahlungen, das es den Ländern (und ihren Bürgern) ermöglicht, Güter und Dienstleistungen voneinander zu kaufen. Dies ist von entscheidender Bedeutung, wenn nachhaltiges Wirtschaftswachstum gesichert und der allgemeine Lebensstandard erhöht werden sollen.

Zu den Hauptaktivitäten des IWF gehören:

- Beobachtung der weltwirtschaftlichen und regionalen Entwicklungen, Offenlegung von Risiken und Empfehlungen zur Beseitigung (multilaterale Surveillance);
- Analyse und Bewertung der Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik jedes einzelnen Mitgliedslandes gemäß Artikel IV des IWF-Übereinkommens, Beratung mittels solide begründeter wirtschafts- und währungspolitischer Empfehlungen (bilaterale Surveillance);
- Beratung der Mitglieder zu Politikmaßnahmen, die ihnen helfen können, Finanzkrisen vorzubeugen oder diese beizulegen, makroökonomische Stabilität zu erreichen, ihr Wirtschaftswachstum zu beschleunigen und die Armut abzubauen;
- Gewährung vorübergehender Finanzhilfe an Mitgliedsländer, um sie bei der Bewältigung von Zahlungsbilanzproblemen zu unterstützen, d.h. wenn ihr Devisenbestand nicht ausreicht, weil ihre Zahlungen an andere Länder ihre Deviseneinnahmen übersteigen sowie

- Bereitstellung technischer Hilfe und Ausbildung, auf Antrag eines Landes, für den Aufbau von Fachkenntnissen und Institutionen, die das Land für die Verfolgung einer soliden Wirtschaftspolitik benötigt.

85

90

Die Mittel des IWF stammen vorwiegend aus den Quoteneinzahlungen (Subscription) seiner Mitglieder, für deren Höhe die wirtschaftliche und finanzielle Stärke dieser Länder eine wichtige Rolle spielt. Als drittgrößter Anteilseigner nach den USA (17,7%) und Japan (6,7%) hält

Deutschland mit rund 14,6 Mrd. SZR (rd. 16,5 Mrd. €) eine Quote von derzeit 6,1%. Zusätzliche umfangreiche Informationen über den IWF und die Mitgliedsländer können auf der englischsprachigen Website des IWF abgerufen werden, unter [www.imf.org](http://www.imf.org).

100

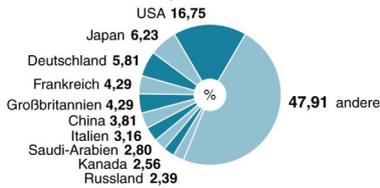
Nach: Bundesministerium der Finanzen, Internationaler Währungsfonds, [www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Internationales\\_Finanzmarkt/Internationale\\_Finanzpolitik/Internationaler\\_Waehrungsfonds/IWF-Definition.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Internationales_Finanzmarkt/Internationale_Finanzpolitik/Internationaler_Waehrungsfonds/IWF-Definition.html), 01.07.2014

## M2 Aufbau des IWF

### So funktioniert der IWF

Der Internationale Währungsfonds (IWF) überwacht die weltweite Geldpolitik und vergibt Kredite an Staaten. Ihm gehören 188 Mitgliedsstaaten an.

Das Stimmengewicht in den Führungsgremien (Gouverneursrat und Vorstand) hängt vom Kapitalanteil ihrer Länder und von Basisstimmen ab. Der Stimmenanteil beträgt:



#### Gouverneursrat

- je 1 Vertreter der 188 Mitgliedsländer (in der Regel der Finanzminister oder der Chef der Notenbank)
- trifft sich einmal pro Jahr

↓ bestimmt und wählt

#### Vorstand

- besteht aus 24 Vertretern und Mitgliedern



5 ernannte Vertreter aus USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien



19 gewählte Mitglieder, die zum Teil mehrere Länder vertreten

↓ wählt und kontrolliert

#### Direktorium



Direktorin seit Juli 2011  
**Christine Lagarde**



sowie 3 Stellvertreter

dpa-20592

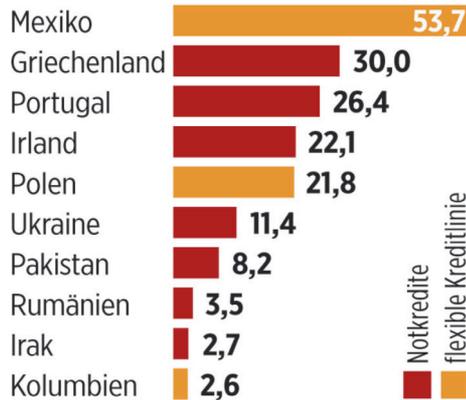
Stand: Juni 2014

Quelle: IWF

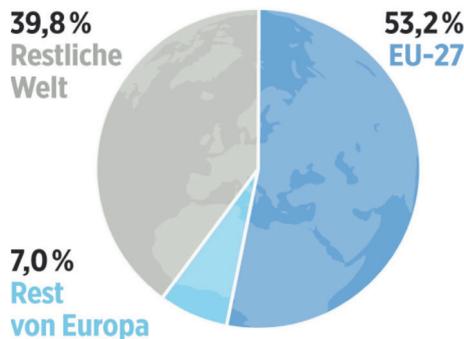
## M3 Kreditvergabe des IWF

### An wen gehen die IWF-Kredite?

#### Vereinbarter Kreditrahmen in Mrd. Euro



#### Europa bekommt davon am meisten



Stand 2011; Grafik: „Die Presse“ [GK]

Quelle: IWF (per 30. April, plus Portugal, aktueller Kurs Sonderziehungsrechte)

#### M4 Hat der IWF sich in der Eurokrise als unabhängiger Krisenmanager bewährt?

29.07.2016, von Winand von Petersdorff,  
Washington

Der Internationale Währungs-  
fonds (IWF) hat durch sein Verhal-  
ten in der Euro-Krise seine Reputati-  
on als unabhängiger Krisenmanager und  
Gutachter aufs Spiel gesetzt, interne Ent-  
scheidungsprozeduren verletzt und die Euro-  
Krise unterschätzt. Ferner hat er vor allem  
Griechenlands Perspektiven als viel zu  
rosig angesehen und den Eindruck ent-  
stehen lassen, dass der Währungs-  
fonds Europa eine Sonderbehandlung  
zuteilwerden lässt. Schließlich habe  
Selbstgefälligkeit im Denken wichtige  
Akteure abgehalten, Gefahren für den Eu-  
roraum überhaupt für möglich zu halten.

Das ist die Quintessenz eines Gutachtens,  
das der Währungsfonds bei einem am IWF  
angedockten unabhängigen Evaluierungs-  
büro in Auftrag gegeben hat. ... (Es) legt  
dar, wie sich der Währungsfonds in den  
Krisen in Griechenland, Irland und Por-  
tugal geschlagen hat. Sie beklagen da-  
rin auch, dass der IWF seine Krisen-  
aktionen nicht auf transparente Weise do-  
kumentiert habe und wichtige Unterla-  
gen erst mit bis zu einem Jahr Verzöge-  
rung geliefert habe. Viele heikle Papiere  
zirkulierten jenseits der klassischen inter-  
nen Kanäle und sparten auch einen Teil der  
Executive Boards aus.

Chefgutachter Moises Schwartz führt für  
den IWF die besonderen Umstände ins  
Feld, unter denen der Währungsfonds  
2010 seine Rettungsprogramme starte-  
te. Zum ersten Mal sei der Fonds von In-  
dustrieländern innerhalb einer Währungs-  
union zur Hilfe gerufen worden. Bei der  
Hilfe für Griechenland habe die Sorge  
einer Ansteckung des gesamten Euro-  
raums geherrscht.

Vor allem das Vorgehen des Währungs-  
fonds in der Griechenland-Krise steht im  
Zentrum der Kritik der Gutachter. Die Pro-  
bleme begannen, als der IWF im Mai 2010  
entschied, dass er Griechenland mit Kredit

zur Hilfe eilt, obwohl das Land nach Ein-  
schätzung der Fonds-Experten das ent-  
scheidende Kreditvergabe-Kriterium ver-  
letzte. Die Schulden hätten „mit großer  
Wahrscheinlichkeit tragfähig“ sein müs-  
sen, waren es aber den Analysen zu-  
folge nicht. Die Führung des IWF war  
nach Darstellung der Gutachter tief ge-  
spalten in der Frage: Eine Fraktion  
glaubte nicht, dass Griechenland ohne  
Schuldenschnitt ihre Probleme würde  
meistern können.

Eine zweite Gruppe dagegen sah die Chan-  
ce einer Sanierung auch ohne Schuldens-  
chnitt, wenn man nur rigoros und ent-  
schlossen vorgehe. Eine dritte Gruppe hielt  
zwar die Schulden nicht für tragfähig,  
fürchtete aber eine Ansteckung für die fra-  
gilen Euroländer. Im Einklang mit den Eu-  
ropäern stimmt der IWF schließlich einem  
Kredit ohne Schuldenrestrukturierung zu.  
Die Gutachter stellen heraus, dass unab-  
hängig von der Bewertung dieser Entschei-  
dung der Prozess der Entscheidungsfin-  
dung fragwürdig war:

Das Executive Board (Exekutivdirekto-  
rium), in dem 24 Direktoren als Vertreter  
der Anteilseigner des Währungsfonds sit-  
zen, war der Evaluierung zufolge nur ober-  
flächlich involviert in die Entscheidungs-  
findung und zudem nicht angemessen  
vorbereitet worden. Es habe keine Kon-  
sultationen gegeben über das zentrale  
Thema, dass Griechenlands Schulden  
womöglich nicht tragfähig seien und zu-  
dem eine Ausnahmeregelung nötig wer-  
de, um dem Land trotzdem zur Hilfe zu  
eilen. Damit hätten die Direktoren ihrer  
Pflicht zur Aufsicht nicht nachkommen  
können, was den Verdacht bestärkt habe,  
dass Europa eine Sonderbehandlung vom  
Währungsfonds bekomme.

Die mangelhafte Einbeziehung des Boards  
dauerte laut Bericht während der ge-  
samten Euro-Krise an. Als weitere Pro-  
bleme identifizierten die Gutachter eine  
Bereitschaft von IWF-Mitarbeitern, über-

95 mäßig optimistische Wachstumsprojek-  
tionen abzugeben. In Fall Griechenlands  
hätten realistischere Annahmen aber ver-  
deutlicht, welchen Einfluss die fiskalische  
Konsolidierung auf Wachstum und Schul-  
denwachstum habe. Das hätte dem IWF  
100 geholfen, seine Glaubwürdigkeit als un-  
abhängige, technokratische Institution zu  
wahren.  
Führende IWF-Mitarbeiter räumten in ei-  
nem Hintergrundgespräch ein, dass sie  
105 die Schwäche der politischen Institutionen  
Griechenlands unterschätzt und die  
Fähigkeit zur Umsetzung von Struktur-  
programmen überschätzt hätten. Die po-  
litischen Machthaber hätten sich die  
110 Programme nie zu eigen gemacht. Die Che-  
fin des Währungsfonds, Christine Lagarde,  
nannte Griechenland einen Sonderfall in  
der ansonsten erfolgreichen Rettungs-po-  
litik für Euroländer. Und selbst Griechen-  
land habe dank der großen Unterstützung  
115 und eigener Anstrengungen Mitglied des  
Euroraums bleiben können, was ein Ziel  
des Landes und der Mitglieder der Eurozo-  
ne gewesen sei. 120

*Winand von Petersdorff, Eurokrise Gutachter rügen  
den IWF für seine Europolitik, [http://www.faz.net/  
aktuell/wirtschaft/gutachter-ruegen-iwf-christine-  
lagarde-fuer-europolitik-14361796.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/gutachter-ruegen-iwf-christine-lagarde-fuer-europolitik-14361796.html), 29.07.2016*

## M5 IWF distanziert sich vom Neoliberalismus

„Neoliberalism: Oversold?“ (zu teu-  
er verkauft, überverkauft), titelte der IWF  
vergangene Woche in seinem Magazin „Fi-  
nance & Development“ und sorgte damit  
5 bei vielen für helle Überraschung. Nun ru-  
dert IWF-Chefökonom Maurice Obstfeld  
zurück – teilweise.  
Der Internationale Währungsfonds hat  
ein Imageproblem, seit Jahren schon.  
10 Er gilt als finstere Finanzmacht, die not-  
leidenden Staaten eine neoliberale Re-  
formagenda aufzwingt, den „Washington  
Consensus“: Privatisierungen, Deregulie-  
rungen, Sparprogramme und offene Kapi-  
talmärkte. So komme die Geldelite auf ihre  
15 Kosten, behaupten Globalisierungsgegner,  
während einfache Bürger die Zeche zahl-  
ten.  
Mit der Wirklichkeit hat dieses Zerrbild  
20 wenig zu tun, den internen Wandel des  
IWF lässt es völlig außer Acht. Eine Bas-  
tion marktradikaler Angebotsdogmatiker  
ist der Währungsfonds schon lange  
nicht mehr. Spätestens seit der Finanzkrise  
25 ist der Neokeynesianismus zur domi-  
nanten ökonomischen Strömung inner-  
halb des IWF geworden. Nach und nach  
verabschiedete sich der Fonds von alten  
Glaubensgewissheiten. Er setzte sich  
30 nicht nur selbstkritisch mit dem geschei-  
terten Rettungsprogramm für Griechen-  
land auseinander, er warnte auch gene-  
rell vor übertriebenem Spareifer. Selbst  
Kapitalkontrollen, einst pauschal als  
Effizienzhindernisse erachtet, seien unter  
35 bestimmten Umständen ratsam, schlussfol-  
gert der IWF inzwischen.  
Dennoch war es überraschend, dass der  
IWF vergangene Woche in seinem Ma-  
gazin „Finance & Development“ titelte: 40  
„Neoliberalism: Oversold?“. Überraschend,  
weil provokante Überschriften nicht  
Sache einer Institution sind, deren Publika-  
tionen normalerweise Wischi-Waschi-Titel  
45 tragen wie: „Navigating Monetary Po-  
lity Challenges and Managing Risks“ und  
„Sustaining the Recovery“. Überraschend  
aber auch, weil sich der IWF mit Neolibe-  
ralismus einen Kampfbegriff der Globali-  
sierungsgegner zu eigen machte. 50  
Der Magazinbeitrag wurde intern und  
extern kontrovers diskutiert. Nun ru-  
dert der IWF zurück – zumindest teilwei-  
se. In einem vom IWF selbst geführten  
Interview präzisiert Chefökonom Mau-  
rice Obstfeld, was sich hinter der Neu-  
justierung des Fonds verbirgt – und was  
nicht. Der Artikel sei „weitgehend missver-  
standen“ worden, stellt Obstfeld klar. „Er  
bedeutet keine große Veränderung der He-  
60 rangenweise des Fonds.“  
Vielmehr versuche der IWF auf der Basis

praktischer Erfahrungen und neuer Forschungserkenntnisse die Effektivität seiner Beratungsleistungen und Krisenreaktionsprogramme zu verbessern. „Ich würde den Prozess als Evolution beschreiben, nicht als Revolution“, sagt Obstfeld. Vor allem die Debatte um die Sparpolitik greift Obstfeld heraus. Der Neoliberalismus-Artikel war teils so interpretiert worden, als würde der IWF eine Abkehr von seinen fiskalpolitischen Anpassungsprogrammen vorbereiten, die oft mit harten Sparauflagen verbunden sind. Dies sei keinesfalls der Fall, argumentiert Obstfeld, der Währungsfonds propagiere kein munteres Schuldenmachen: „Regierungen können nicht langfristig über ihre Verhältnisse leben, ohne zahlungsunfähig zu werden.“ Staatspleiten seien mit hohen Kosten für die Bürger verbunden, gerade für die ärmsten. „Das ist ein Fakt, keine ideologische Position“, hebt Obstfeld hervor. ...

Es gebe aber Grenzen, wie groß die Schmerzen sein können, die Volkswirtschaften erdulden können oder sollten:

„In besonders schwierigen Fällen empfehlen wir daher Umschuldungen oder Schuldenerleichterungen, die es erfordern, dass die Gläubiger einen Teil der Kosten tragen.“

Damit spielt Obstfeld auf den Problemfall Griechenland an, das von den Europartnern zu Sparzielen gedrängt wird, die der IWF für unrealistisch hält. Der Fonds macht sich deshalb für einen Schuldennachlass stark.

Generell, betont Obstfeld, sei es die Aufgabe des IWF, Regierungen so zu beraten, dass sie ihre Fiskalpolitik auf eine Art und Weise gestalten, die „schlechte Ergebnisse“ verhindert. Dies könne im Einzelfall allerdings auch bedeuten, einem Staat zu empfehlen, auf „exzessive Budgeteinschnitte“ zu verzichten, „die kontraproduktiv für Wachstums-, Gerechtigkeits- und selbst fiskalische Ziele sein können“.

*Moritz Kock, IWF relativiert Neoliberalismuskritik, <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/iwf-relativiert-neoliberalismus-kritik-zurueck-auf-kurs/13683198.html>, 02.06.2016*

## M6 IWF fordert Strukturreformen, um wachsenden Ängsten vor Globalisierung und Reformen entgegenzuwirken

Der Internationale Währungsfonds (IWF) warnt drei Tage vor einem G20-Gipfel im chinesischen Hangzhou vor einem Schwächeanfall der Weltwirtschaft und mahnt zu Reformen.

„Die jüngsten Daten zeigen gedämpfte Aktivitäten, weniger Wachstum im Handel und eine sehr niedrige Teuerung, was auf ein noch schwächeres Wachstum der Weltwirtschaft dieses Jahr hindeutet“, schrieb der Fonds in einem am Donnerstag veröffentlichten Bericht für die G20-Staats- und Regierungschefs. IWF-Chefin Christine Lagarde sagte der Nachrichtenagentur Reuters, der Fonds werde seine erst im Juli wegen des britischen Brexit-Votums reduzierte Prognose für das weltweite Wirtschaftswachstum wohl noch weiter heruntersetzen.

Das Ziel des G20-Gipfels von Brisbane 2014, binnen fünf Jahren die Weltwirtschaft auf einen zwei Prozent höheren Wachstumspfad zu steuern, sei ohne zusätzliche Maßnahmen in vielen Ländern außer Reichweite, schrieben die IWF-Experten. Europa sei wegen der Unsicherheiten nach dem Brexit-Votum besonders belastet. „Auch auf längere Sicht bleiben die Aussichten enttäuschend“, warnte der Währungsfonds.

„Man kann argumentieren, dass das Brexit-Votum nicht die massive Krise ausgelöst hat, die wir befürchtet haben“, sagte Lagarde. Auch der Umbau der chinesischen Wirtschaft verlaufe halbwegs gut und die Rohstoffpreise seien ein wenig gestiegen. „Das ist die Oberfläche“, warnte sie jedoch: „Wenn man sich die wirtschaftlichen Aussichten, das Wachstumspoten-

zial und die Produktivität anschaut, sehen  
 40 wir keine gute Signale.“ Aus dem Grund  
 werde der IWF „wahrscheinlich sei-  
 nen Wachstumsausblick für 2016 senken“.  
 Bisher erwartet der IWF für das weltwei-  
 te BIP in diesem Jahr einen Zuwachs von  
 45 3,1 Prozent und 3,4 Prozent 2017. Dies  
 sind jeweils ein Zehntelprozentpunkt  
 weniger als vor dem Brexit-Votum der  
 Briten am 23. Juli. Lagarde sagte, wie schwer  
 die Brexit-Krise ausfalle, werde wohl erst  
 50 2017 deutlich werden.

Angesichts der vielfältigen Wachstums-  
 gefahren drängt der IWF die großen Schwel-  
 len- und Industrieländer der G20 zu ei-  
 ner „energischen, umfassenden und gut-  
 55 kommunizierten Politik“. Teil dessen müsse  
 eine engere Kooperation auf weltweiter Ba-  
 sis sein. Dabei müssten die Regierungen ihre  
 Politik besser vermitteln. Das sei insbeson-  
 dere bei den Bürgern wichtig, auf die Ver-  
 60 änderungen zukämen. Der Fonds sieht  
 zudem wachsende Ängste gegenüber Glo-

balisierung und Reformen. Dies sei auch  
 der sozialen Ungleichheit in vielen Ländern  
 geschuldet. Dies könnte in eine negative Ab-  
 wärtsspirale zum Schaden des freien Welt-  
 65 handels und von Strukturreformen führen.  
 Dabei seien gerade Strukturreformen  
 ein entscheidendes Mittel, um das welt-  
 wirtschaftliche Wachstum zu stärken. In  
 Ländern mit immer noch zu schwacher  
 70 Nachfrage sollte die Geld- und die Finanz-  
 politik stärker eingreifen, um das Wachstum  
 zu fördern. In Regionen, in denen die Geld-  
 politik ihre Spielräume weitgehend ausge-  
 schöpft habe, liege es an der Finanzpolitik,  
 75 aktiver zu werden. Zudem sollten Länder,  
 die den Spielraum dafür hätten, über zusätz-  
 liche öffentliche Investitionen und mit steu-  
 erlichen Impulsen für eine stärkere Belebung  
 der Volkswirtschaften sorgen. 80

© 2016 Reuters. All rights reserved, IWF malt vor  
 G20-Gipfel düsteres Bild der Weltwirtschaft,  
[http://de.reuters.com/article/g20-weltwirtschaft-iwf-  
 idDEKCN1175G0](http://de.reuters.com/article/g20-weltwirtschaft-iwf-idDEKCN1175G0), 01.09.2016

## Aufgaben

1. Beschreiben Sie Entstehungsgeschichte, Aufbau und Aufgaben des IWF (M1, M2).
2. Erläutern Sie das Verfahren der Entscheidungsfindung und diskutieren Sie, inwiefern Sie die Gewichtung der Stimmen für sinnvoll halten (M1, M2).
3. Analysieren Sie, welche Länder die beiden in M3 dargestellten Kreditarten vorrangig in Anspruch genommen haben.
4. Erläutern Sie die Kritik des unabhängigen Gutachters an der Kreditvergabe des IWF an Griechenland während der Finanzkrise seit dem Jahr 2010 (M4).
5. Stellen Sie dar, mit welcher Begründung Globalisierungsgegner den IWF als neoliberal bezeichnen (M5). Analysieren Sie die Position des Autors im Hinblick auf die Einschätzung der Globalisierungsgegner.
6. Analysieren Sie die Position des Chefökonom des IWF Obstfeld im Hinblick auf seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen (Neoliberalismus/Keynesianismus) (M5).
7. Analysieren Sie die Stellungnahme des IWF im Hinblick auf die Entwicklung der Weltwirtschaft und die Forderungen der IWF-Chefin Christine Lagarde an die Politik (M6).
8. Diskutieren Sie die Vorschläge von Christine Lagarde (M6) kriteriengeleitet im Hinblick auf die Kriterien Effizienz (Wettbewerbsfähigkeit) und Legitimität (soziale Gerechtigkeit).